

DISKUSSIONSPAPIERE

Dieter Weiss

Wissenschaftspolitik und wirtschaftliche
Wettbewerbsfähigkeit

Anmerkungen zur Berliner
Hochschulpolitik

Herausgegeben von
Dieter Weiss

Freie Universität Berlin,
Fachbereich Wirtschaftswissenschaft,
Fachgebiet Volkswirtschaft des Vorderen Orients

53

Dieter Weiss

WISSENSCHAFTSPOLITIK UND WIRTSCHAFTLICHE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Anmerkungen zur Berliner Hochschulpolitik

Beitrag zur „Aktionswoche“ der FU Berlin am 21.5.1996
auf dem Wittenbergplatz in Berlin

Bundesminister Jürgen Rüttgers, zuständig für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie betonte in einer Rede vom 29. November 1995:

„Selten zuvor wurden so hohe Erwartungen in Bildung, Wissenschaft und Forschung gesetzt wie heute. Wir erwarten von der Wissenschaft nicht nur Hilfe zur Überwindung von Krankheiten, zur Verringerung der Folgen von Naturkatastrophen und zu einem veränderten Leben im Einklang mit der Natur. Wir erwarten von der Wissenschaft vor allem auch die entscheidende Stimulanz für dauerhaftes Wachstum, für hohe Beschäftigung und für ein Leben in Wohlstand. Mit einer zukunftsorientierten Bildungs- und Forschungspolitik will die Bundesregierung Deutschland fit machen für das 21. Jahrhundert.“

Bundesminister Rüttgers weiter:

„Die Leistungsfähigkeit unseres Bildungs- und Forschungssystems ist unbestritten, aber wir müssen fragen, wo wir noch besser werden können. Die Bundesregierung will Mut machen zum Wandel und die Menschen fördern, die den Weg ins Neuland wagen.“¹

Hans-Ulrich Klose, früher Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, fordert:

„Statt dauernd allgemein und in der Regel folgenlos über den Standort Deutschland zu reden, sollten wir handeln, um den Bildungs- und Wissenschaftsstandort Deutschland zu verbessern.“²

Solche Aussagen wirken in der Berliner Szenerie bizarr. Der Kulturhoheit der Länder entsprechend wird Bildungs- und Wissenschaftspolitik von den Landesregierungen betrieben. In der neuen Bundeshauptstadt Berlin ist offenbar noch

¹ Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung Nr. 104 vom 12.12.1995, S. 1021.

² Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 11.7.1996, S. 8.

nicht angekommen, was in der alten Bundeshauptstadt als selbstverständlich verkündet wird.

Auch die dort zuständige Landesregierung Nordrhein-Westfalen macht sehr wohl eine durchdachte langfristige Hochschulpolitik. In Gesprächen mit Hochschullehrerkollegen aus Baden-Württemberg und Bayern hört man, daß in seriösen Gesprächen zwischen den jeweiligen Kultusministern und den Vertretern der Universitäten tragfähige Lösungen gesucht werden.

Entsprechendes hat es in Berlin seit längerem nicht mehr gegeben. Als langjähriger Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender einer interdisziplinären FU-Kommission habe ich selbst vor Jahren schon die Erfahrung machen müssen, daß es Senatoren nicht mehr für nötig hielten, Briefe zu beantworten.

Die Wochenzeitung DIE ZEIT titelt in ihrer jüngsten Ausgabe: „Humboldts Erbe wird verspielt.“ Um dann fortzufahren: „Was sind schon 35.000 Studenten und Professoren auf Berlins Straßen, gemessen am politischen Elend der dortigen Verhältnisse? ... Es „verspielt in diesen Tagen in Berlin eine sparwütige Landesregierung die Zukunft von drei Universitäten“.³ Und die Berliner Morgenpost titelt mit SPD-Fraktionschef Böger: „Drei Universitäten nicht finanzierbar.“⁴

In unseren Lehrveranstaltungen über „Stadt- und Regionalplanung“ lernen wir, daß zu einer Haupt- und Weltstadt neben der zentralen Regierungsfunktion höchstwertige Dienst-

³ DIE ZEIT v. 17.5.1996.

⁴ Berliner Morgenpost v. 18.5.1996.

leistungsangebote auf allen Gebieten in Wissenschaft, Kunst, freien Berufen gehören. Hier liegen üblicherweise die Entscheidungszentren von international operierenden Unternehmen, Verbänden und Gewerkschaften mit ihrem Personal- und Beratungsbedarf. Berlin müßte nach internationalen Vergleichswerten an der Spitze der Hierarchie aller deutschen Städte stehen in bezug auf dieses herausragende Angebot zentralörtlicher Funktionen. Müssen wir bis zum Umzug der Bundesregierung nach Berlin darauf warten, daß die deutsche Hauptstadt sich ihrer Rolle und ihrer Aufgaben bewußt wird?

In unseren Lehrveranstaltungen betrachten wir die Berliner Phänomene gelegentlich aus der Sicht von Entwicklungsländer-Mustern. Man kann viel daraus lernen, hiesige Probleme durch eine ganz andere Brille wahrzunehmen. Das scheinbar Selbstverständliche, Gewohnte bekommt unerwartet scharfe Konturen.

Auch in unseren Diplomarbeiten, die vielfach veröffentlicht werden, haben Studenten unseres Fachgebiets solche provokativen Sichtweisen eingeübt. So kürzlich Susanne Butscher in ihren „Annäherungen der deutschen Hauptstadt an Wirtschaftsformen der Dritten Welt“⁵, wo sie einen intensiven Blick auf den sog. informellen Sektor in Berlin warf: die von keiner Gewerbeaufsicht oder Steuerbehörde erfaßten Überlebensaktivitäten etwa polnischer jugendlicher Autoscheibenputzer oder lateinamerikanischer Schmuckverkäufer.

Aus einem internationalen Blickwinkel erscheint das Berliner Politikgeschehen insbesondere in der uns hier unmittel-

⁵ Butscher, S., Informelle Überlebensökonomie in Berlin. Annäherung der deutschen Hauptstadt an Wirtschaftsformen der Dritten Welt. Verlag Das Arabische Buch, Berlin 1996.

bar interessierenden Hochschulpolitik von einer erstaunlichen Provinzialität. Künftige Hauptstadtfunktionen werden nicht wahrgenommen, nicht vorbereitet, vielmehr werden ihr die elementaren Grundlagen entzogen. Dazu aus dem Protokoll des Akademischen Senats der FU vom 18.3.1996:

„Angesichts der enormen Vorbelastungen führen die nunmehr vorgesehenen zusätzlichen Kürzungsmaßnahmen zwangsläufig zu einer ruinösen Entwicklung mit einem anhaltenden allgemeinen Einstellungsstopp und massiven Kürzungen bei den Sach- und den Investitionsmitteln. Auch die anderen Hochschulen werden erheblich betroffen, so daß TU, HU und HdK gleichfalls einen Einstellungsstopp verfügen mußten. Damit ist jetzt der gesamte Hochschulbereich in Berlin gefährdet.

Wenn diese unverhältnismäßigen Kürzungen anhalten, die nur noch mit Stellenabbau und Einstellungsstopp umzusetzen sind, würde in wenigen Jahren der gesamte akademische Mittelbau mit seinen befristeten Qualifikationsstellen entfallen. Desgleichen wäre die Infrastruktur mit Bibliotheken und Labors schwer geschädigt. Deshalb wirkt die gegenwärtige Politik zu Lasten der Hochschulen, vor allem der Universitäten, nur noch zerstörerisch...

Die massiv gehäuften und kurzfristig umzusetzenden Haushaltskürzungen führen also nicht nur zu einem erheblichen quantitativen Abbau von Personal- und Studienplätzen, sondern auch zu einer unverantwortlichen qualitativen Verschlechterung in allen Bereichen von Forschung und Lehre und wissenschaftlichen Dienstleistungen.

Auch der nunmehr vorgesehene weitere Abbau der Studienplätze in Berlin auf nur noch 85.000 mißachtet die Bedeutung der Hochschulen für die Stadt und die nötigen wissenschaftlichen Ausbildungs- und Qualifikationsperspektiven für die Jugend... Eine solche Politik mag vielleicht den Haushalt des Landes sanieren, wird aber die Hochschulen und damit eine wichtige Grundlage für eine bessere gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung ruinieren.“⁶

⁶ Beschlußprotokoll der 493. Sitzung des Akademischen Senats der FU Berlin am 18.3.1996, S. 9.

Gerade die FU trägt seit Jahren solidarisch erheblich zur Haushaltsbegrenzung und damit durch Abbau West zum Aufbau Ost bei, indem sie bisher schon fast 85 Mio DM und über 600 Stellen eingespart und damit den Hochschulstrukturplan praktisch vollständig vorerfüllt hat, wonach erst bis zum Jahre 2003 rund 75 Mio DM und rund 650 Stellen an der FU gekürzt werden sollten.

Dadurch ist auch der nach dem Hochschulstrukturplan vorgesehene Abbau von 10.000 Studienplätzen an der FU bereits jetzt erreicht. Aufgrund der vorgegebenen und fortlaufend bis zum Jahre 2003 noch umzusetzenden Haushaltskürzungen wird die FU dann über 140 Mio DM Zuschüsse und über 1.100 Stellen weniger (verfügen) und damit die Ausbildungskapazität um mindestens 15.000 Studenten reduziert haben.⁷

Dazu auch der Präsident der FU:

„Es droht eine anhaltende massive Verschlechterung der Lehr- und Forschungsverhältnisse in allen Bereichen, weil die Berliner Politik gegenwärtig nur die Konsolidierung des Landeshaushalts mit immer größeren Kürzungsumlagen betreibt, ohne die strukturellen Schadensfolgen zu bedenken. Insoweit haben wir es mit einer Politik zu tun, die den Wert der Hochschulen allenfalls noch verbal anerkennt, sich aber real gleichgültig bis geringschätzig verhält...

Der laufende massive Abbau von Studienplätzen in Berlin und die durch den erzwungenen Einstellungsstopp vor allem gesperrten Besetzungen im akademischen Mittelbau bedeuten eine verantwortungslose Absage an die wissenschaftlichen Ausbildungs- und Qualifikationsperspektiven der heutigen jüngeren Generation und damit zugleich an die nötige ständige Erneuerung der Universität als Institution.“⁸

⁷ Vorlage C3235/96, Der Präsident der FU Berlin, 15.3.1996.

⁸ Rundschreiben des Präsidenten der FU Berlin an alle Fachbereiche vom 18.4.1996.

Soweit FU-Präsident Gerlach. Jedem Wirtschaftswissenschaftler sind die Sparzwänge klar, mit denen wir konfrontiert sind und die weiter zunehmen werden, auch wenn sich die Verantwortlichen schwer tun, die künftige Situation nüchtern zu benennen. Es bedurfte eines personellen Imports, um endlich den überfälligen Kassensturz gegen den Genossen Filz in diversen parteipolitischen Couleurs durchzusetzen. Aber mit den derzeitigen Sparauflagen ist es ja mittelfristig nicht getan. Mit weiteren drastischen Haushaltskürzungen müssen wir rechnen.

Die Berliner Universitäten sind mit der Zusage auf Planungssicherheit mehrfach mit erheblichen Sparleistungen in Vorlage getreten. Allein 700 Mio DM sind an Einsparungen bereits erbracht worden. Diese 700 Mio DM entsprechen dem Volumen einer gesamten Universität.

Die Universitäten fordern Planungssicherheit, werden diese aber nach Lage der Dinge schwerlich erhalten, da auch der mittelfristigen Haushaltsplanung die Planungssicherheit abhanden gekommen ist. In den letzten Tagen haben die Länderfinanzminister erneut bislang öffentlich nicht zugegebene weitergehende Haushaltslücken zugegeben.

Was man aber auf jeden Fall fordern muß, ist intellektuelle Redlichkeit und ein Minimum an Verantwortungsbewußtsein, die die Folgen kurzsichtiger Rasenmäher-Aktivitäten im Blick hat. Unsere SPD-Finanzsenatorin Fugmann-Heesing wird zitiert mit dem Satz: „Sozialdemokratisch ist es, Zukunft zu sichern“.⁹

⁹ Markantes Sparprofil, Der Tagesspiegel vom 11.5.1996.

Und Senator Radunski ließ in der jüngsten Ausgabe der FU-Nachrichten wissen, es sei „unbestritten, daß gerade ein Hochlohnland wie die Bundesrepublik mit seinen Ressourcen Wissen, Bildung und Forschung sehr überlegt umgehen muß. Sollten wir uns - wie zu vermuten ist - auf dem Weg in eine Gesellschaft wissensintensiver Dienstleistungen befinden, verfügen wir mit unserer wissenschaftlichen Infrastruktur über einen erheblichen Wettbewerbsvorteil, der auch in Zeiten knapper Haushaltsmittel nicht auf Spiel gesetzt werden darf.“¹⁰

Rasenmäher-Methoden sind Verzweiflungsakte und Folge einer Situation, in der die finanzpolitisch Verantwortlichen mit dem Rücken an der Wand stehen, nachdem man aus Angst vor Wählerreaktionen über Jahre notwendige Reformen verzögert hat. Die Situation ist prekär genug, und auch Verzweiflungsakte wie der Verkauf des Tafelsilbers in Form wichtiger öffentlicher Betriebe der Stadt lösen keine Strukturprobleme. Man kann die BEWAG nicht jedes Jahr erneut verkaufen.

Was es u.a. zu respektieren gilt, ist das Verfassungsrecht der Autonomie der Hochschulen.

Der Fachbereich Wirtschaftswissenschaft an der FU wird in den nächsten Jahren auf 50 Prozent schrumpfen, und zwar nach dem irrationalsten Prinzip, das man sich vorstellen kann: ausscheidende Hochschullehrer werden nicht ersetzt, und mit ihnen nicht die von ihnen vertretenen Fächer.

Wir werden also im nächsten Jahr erleben, daß mit dem Ausscheiden von Herrn Kollegen Lorenz, einer internationalen

¹⁰ FU-Nachrichten Nr. 5, 15.5.1996, S. 14.

Figur der Außenwirtschaftstheorie und -politik, in der deutschen Hauptstadt ein Fachbereich Wirtschaftswissenschaft Lehrveranstaltungen im Bereich Außenwirtschaft nicht mehr anbieten wird. Wie ich höre, werden es auch die beiden anderen Berliner Universitäten dann nicht mehr tun. Internationale Wirtschaftsbeziehungen werden im Berliner Studienangebot ausgeblendet. Eine groteske Situation.

Noch dramatischer sieht es im Mittelbau aus, im Bereich des wissenschaftlichen Nachwuchses. Wie auch Senator Radunski als FU-Absolvent sehr wohl weiß, besteht eine Universität aus intelligenten und kreativen Köpfen, insbesondere neugierigen jüngeren, die gerade in einem Fachbereich Wirtschaftswissenschaft darauf verzichten, attraktive Einkommenschancen außerhalb der Hochschulen zu nutzen und sich statt dessen auf vergleichsweise bescheiden bezahlte intensive Forschungsaktivitäten einlassen.

Dies bedeutet nicht nur finanzielle Opfer. Es bedarf einer intensiven, permanenten wissenschaftlichen Bemühung, neu auftauchenden Fragen nachzugehen und sicherlich nicht den Griffel um 18 Uhr niederzulegen, um sich der abendlichen und wochenendlichen Freizeit zu widmen. Praktisch bedeutet es: Arbeit bis Mitternacht, intensive Verfolgung ständig wachsender Berge neuer Literatur auch am Wochenende, denn die internationale Konkurrenz schläft ja nicht. Sie ist hellwach.

Durch diese Explosion neuen Wissens und insbesondere neuer Fragestellungen hindurch gilt es für die Nachwuchsforscherin und den Forscher, sich an die Front der internationalen Debatte heranzuarbeiten. Um einen kreativen Nachwuchswissenschaftler heranzubilden, braucht es mehrere Jahre nach

dem Examen bis zur Promotion, und dann noch einmal eine Durststrecke bis zur Habilitation.

Das sind rund zehn arbeitsreiche Jahre bei vergleichsweise dürftigem Einkommen, aber motiviert vom Feuer intellektueller Neugierde und vom Drang nach wissenschaftlicher Originalität. Eben dies sind die Nachwuchsforscher, die uns - mit Senator Radunski - „auf den Weg in eine Gesellschaft wissensintensiver Dienstleistungen“ führen, die zu wesentlichen Teilen die Innovationen produzieren, von denen dann die Arbeitsplätze der gesamten Gesellschaft abhängen.

Seit Jahren ist das universitäre Arbeitsmilieu miserabler geworden, beginnend bei der Finanzierung von Forschungsprojekten und endend bei den unattraktiven inneruniversitären Berufsperspektiven. Welche frisch gebackene Diplom-Kauffrau, welcher Diplom-Volkswirt oder Magister möchte in dieses Forschungsabenteuer und seine Ungewißheiten einsteigen, um möglicherweise angesichts des universitären Stellenabbaus dann nach zehn intensiven Arbeitsjahren beim Arbeitsamt als Sozialfall anzutreten?

Schon in der Vergangenheit wanderten viele Hochbegabte gleich in die Wirtschaft ab, möglicherweise in die dortige Industrieforschung. Den von der derzeitigen Berliner Hochschulpolitik vorgegebenen Rahmenbedingungen fehlt aus der Sicht hochbegabter Hochschulabsolventen die elementare Seriosität.

In den nächsten zwei Jahren kappt man 24 Prozent des Mittelbaus mit Folgen nicht nur für das kurzfristige Lehrangebot, sondern vor allem für die mittelfristigen Perspektiven des wissenschaftlichen Nachwuchses. In spätestens einem

Jahrzehnt wird man mutmaßlich versuchen müssen, die gravierenden Konsequenzen heutiger Kahlschläge zu heilen!

Man wird dann wieder, wie schon einmal vor 30 Jahren, auch in der politischen Öffentlichkeit von der deutschen Bildungskatastrophe sprechen. Nur ist eine schnelle Korrektur dann nicht mehr möglich, weil zehn Jahre Vorinvestitionen fehlen. Auch dafür haben wir ein Beispiel: den Zweiten Weltkrieg mit seinem wissenschaftlichen Kahlschlag. Es dauerte anderthalb Jahrzehnte, bis die deutsche Forschung wieder internationalen Anschluß fand.

Bundesminister Rüttgers sieht da klarer: „Eine langfristig tragfähige Entwicklung muß auf Innovationen bauen, und zwar sowohl auf technologische Innovationen wie auch auf Innovationen im Bildungssystem. Innovationsfähigkeit ist die zentrale Aufgabe, der sich die Bildungs- und Forschungspolitik stellen muß.“¹¹

Der Anteil von Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt betrug 1994 in Deutschland 2,34 Prozent, mit abnehmender Tendenz. Im Gegensatz dazu haben eine Reihe kleinerer Länder in Europa wie Finnland, Irland, Norwegen, Portugal und Österreich ihre Forschungskapazitäten noch ausgebaut.¹² Und dies aus gutem Grund: In turbulenten, schwer vorhersehbaren Zeiten geht es darum, Potential zu schaffen, d.h. die Fähigkeit, auf nicht vorhersehbare Situationen aus einer Position relativer Stärke heraus zu reagieren. Es geht also um technisch-wissenschaftliche Kreativität im weitesten Sinne.

¹¹ Bulletin, a.a.O., S. 1021.

¹² Ebd.

Dies haben auch die aufstrebenden Schwellenländer Ostasiens begriffen. In Südkorea sind neue Forschungsstädte entstanden, die instrumental für seinen rasanten industriellen Aufstieg von einem armen Entwicklungsland zu einer Industrienation waren. Sehen Sie sich das koreanische Automobilangebot auf dem deutschen Markt an: Da werden solide, verlässliche Fahrzeuge zur Hälfte der Preise deutscher Produkte angeboten, vielleicht etwas weniger anspruchsvoll in der Verarbeitung und mit dem nicht ganz so „satten Klang“ beim Zuschlagen der Tür. Aber ist der satte Klang 20.000 DM mehr wert? Daran allein hängen Zehntausende deutscher Automobil-Arbeitsplätze, die wir in den nächsten Jahren verlieren werden.

Eine vernünftige strategische Perspektive muß also darauf setzen, in einer allgemeinen Haushaltsmisere und bei massiven Umstrukturierungsproblemen der Wirtschaft eben dieses Potential zu schaffen, das uns aus der Misere herausführen kann, wie Bundesminister Rüttgers richtig erkannt hat. Im Roten Rathaus ist diese Einsicht offensichtlich noch nicht angekommen. Dazu der ehemalige Berliner Wissenschaftssenator Peter Glotz: „Ich bin der festen Überzeugung, daß wir dabei sind, unsere Universitäten zu ruinieren.“¹³

Südkorea setzt auf Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungspolitik, mit unmittelbaren Folgen für eine weitere Freisetzung von Arbeitskräften bei uns in bisherigen Standardtechnologien, die zunehmend auch die Schwellenländer beherrschen, während wir international bei den neuen hochinnovativen Technologien hinterher hinken.

¹³ Der Tagesspiegel v. 29.2.1996.

Zur Verdeutlichung deshalb einige Hinweise auf das koreanische Erfolgsmodell. Zwischen 1960 und 1994 stiegen die koreanischen Pro-Kopf-Einkommen von 90 auf 8.220 US\$, das Bruttosozialprodukt von 2 Mrd auf 366 Mrd US\$. Der Anteil der Industrie stieg von 10% auf rd. 50%. Um beispielhaft einen sozialen Indikator, hier für die medizinische Versorgung zu nennen: Die Zahl der Einwohner pro Arzt sank von 3.500 auf unter 1.000. Eine langfristig angelegte, strategische Bildungs-, Wissenschafts- und Technologiepolitik bahnte den Weg von Textilien und Bekleidung in den frühen 60er Jahren zu Elektronik, Schiffbau, Düngemittel und Stahl zwischen 1966 und 1971, zu Fahrzeugbau, Uhren, Kameras, Metallverarbeitung und Anlagenbau zwischen 1971 und 1976, zu Automobilbau, Werkzeugmaschinen, Maschinenbau und Elektrotechnik seit Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre.¹⁴

Inzwischen ist Südkorea ein Industrieland, das bereits Maschinenfabriken im Württembergischen aufkauft und dort Arbeitsplätze für deutsche Facharbeiter bereitstellt.

Das koreanische Beispiel steht stellvertretend für andere ost- und südostasiatische Schwellenländer wie Taiwan, Singapur, Thailand und Malaysia. Auch in anderen Teilen der Dritten Welt sind fortgeschrittene Entwicklungsregionen sehr wohl in der Lage, in ausgereiften Technologiefeldern wettbewerbsfähig gegen europäische Produzenten und Arbeitgeber anzutreten. Gleiches gilt zunehmend auch für Osteuropa.

¹⁴ Vgl. Hillebrand, W., Industrielle und technologische Anschlußstrategien in teilindustrialisierten Ländern. Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Berlin 1991, S. 111 f.

Im Bereich der Bildung haben wir in Deutschland bereits die Notwendigkeit der Umsteuerung. Die Zahl der Schüler wird bis 1999 um rd. 900.000 auf fast 13 Mio ansteigen. Mit Wissenschaftsminister Rüttgers: „Das kann wohl nichts anderes bedeuten, als daß Schulen, die geschlossen wurden, wieder geöffnet werden müssen, und wir werden wieder mehr Lehrer einstellen müssen.“¹⁵ In Berlin stehen 1300 Lehrer mit Zeitverträgen vor dem Aus.¹⁶

Auch in der beruflichen Bildung sehen wir eine unverantwortliche Planungskonfusion. 1992-1995 wurden Berufsschullehrer so dringend gebraucht, daß frisch gebackene Betriebs- und Volkswirtschaftler ohne jegliche pädagogische Ausbildung in das Referendariat übernommen wurden. Jetzt herrscht auch hier Einstellungsstopp, und der nächste Engpaß um das Jahr 2000 aufgrund der derzeitigen Altersstruktur der Berufsschullehrer ist auch auf diesem wichtigen Bildungsbereich vorprogrammiert.

Wenn 1995 ca. 600.000 Ausbildungsplätze benötigt wurden, so werden es im Jahr 2005 etwa 740.000 sein.¹⁷ Auch der Anteil der Abiturienten wird in den nächsten 10 Jahren von derzeit 33 % eines Jahrgangs auf rd. 40 % steigen, absolut also um rd. 100.000.“

Nochmals Bundesminister Rüttgers: „Deutschland muß also neue, auch finanzielle Prioritäten zugunsten seines Bildungssystems setzen... Wir wollen dazu beitragen, daß auch im Hochschulbetrieb die Chance der modernen Informations-

¹⁵ Ebd., S. 1022.

¹⁶ Der Tagesspiegel v. 20.5.1996.

¹⁷ Ebd.

und Kommunikationstechnologien stärker genutzt werden".¹⁸ An der FU aber werden wir nach den drastischen Streichungen der einschlägigen Mittel ab sofort nicht einmal mehr fällige Reparaturen unserer Rechner finanzieren können.

Wir leben in einer Zeitenwende. Globalisierung ist eines ihrer Kennzeichen. Unternehmen operieren weltweit. Wissen explodiert exponentiell und steht an jedem Ort zu jeder Zeit zur Verfügung. Heute leben und arbeiten mehr Wissenschaftler auf der Welt als in allen früheren Zeiten zusammengekommen. „Ein zukunftsfähiges Deutschland braucht ein zukunftsfähiges Bildungswesen.“¹⁹

Politik soll das Nötige möglich machen. Das tut sie auch, nur nicht bei uns. Sie tut es dort, wo entschlossen Zukunftsfähigkeit und internationale Konkurrenzfähigkeit aufgebaut werden, wie in den ostasiatischen Schwellenländern. Wenn koreanische Unternehmen in der Lage sind, Autos zur Hälfte der deutschen Preise anzubieten, so ist dies Ergebnis ihrer Bildungs-, Wissenschafts- und Technologiepolitik. Im Jahr 1948 waren noch 80 % der erwachsenen Bevölkerung Koreas Analphabeten. Heute liegt diese Rate bei Null. 1948 besuchten nur 50 % der Kinder im schulpflichtigen Alter eine Grundschule, und nur 2 % über 14 Jahren besaßen einen Oberschulabschluß. In Korea verstand man die strategische Rolle des Humankapitals für den Aufbau internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Die öffentlichen Bildungsausgaben stiegen bereits Mitte der 80er Jahre auf rd. 6,5 % des Bruttosozialprodukts. Zusammen mit den privaten Ausgaben für Bildung erreichen sie sogar 15 % des Sozialprodukts.

¹⁸ Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 94 vom 13.11.1995, S. 919.

¹⁹ Ebd.

In der Bundesrepublik lagen wir mit staatlichen Ausgaben für den Bildungssektor 1991 noch bei 4,0 % des Bruttoinlandsprodukts²⁰ und damit hinter Spanien (4,5 %), Australien (4,7 %), Großbritannien (5,3 %), Frankreich und Belgien (je 5,4 %), USA und Portugal (je 5,5 %), Kanada (6,7 %) und den skandinavischen Ländern (6,1 bis 6,8 %).²¹ Zu unseren 4,0 % öffentlicher Ausgaben kamen 1,5 % des Bruttoinlandsprodukts privater Ausgaben für Bildung, zusammen also 5,5 %. Unter Einschluß der privaten Ausgaben für Bildung liegen wir ebenfalls hinter allen anderen OECD-Ländern mit Ausnahme Japans (5,0%): Frankreich 6,0 %, USA 7,0 % und Kanada 7,4%.²²

Auch im internationalen Vergleich der öffentlichen Bildungsausgaben als Anteil der gesamten Staatsausgaben liegen wir mit 8,0 % hinter allen Staaten der Europäischen Union, etwa Belgien (10,6 %), den Niederlanden (9,8 %) und Frankreich (10,6 %). Die wenigen Zahlen sollen verdeutlichen, daß das politische Bewußtsein für den zentralen Stellenwert der Heranbildung von Humankapital in der Bundesrepublik unterentwickelt ist.

Manch ein Politiker verweist gerne auf das Bild des studentischen Müßiggängers, der zwei Ferienflugreisen im Jahr absolviert und ansonsten mit Demos gelegentlich den Autoverkehr lahmlegt. Manch einer meint wohl auch noch, inzwischen ergrauten Alt-68ern einen späten Denkkzettel erteilen zu müssen. Dies ist keine zukunftsorientierte Humankapitalpolitik.

²⁰ Lt. BMFT, Grund- und Strukturdaten 1995/96, Bonn, S. 329: 1992 4,86 %, 1993 5,06 %, 1994 4,96 %. Demgegenüber Bulletin v. 12.12.1995, S. 1021: 1994 2,3 %.

²¹ OECD, Center for Educational Research and Innovation, Education at a Glance, OECD Indicators, Paris 1993, S. 66.

²² Ebd.

In absoluten Größen beliefen sich die Gesamtausgaben für Forschung und Entwicklung 1986 in den USA auf 120 Mrd US\$, in Japan auf 50 Mrd US\$, in der BRD auf 25 Mrd US\$ (Frankreich 16 Mrd US\$, Großbritannien 12 Mrd US\$).²³ Entsprechend sind wir zurückgefallen bei den modernen Spitzentechnologien, und statt dessen Weltmeister im Bereich technologisch ausgereifter Industrien wie Kraftfahrzeuge, Maschinenbau, Chemie und Elektrotechnik, in welche Schwellenländer wie Brasilien, Indien, China, Südkorea und Taiwan nachdrängen. Die genannten Branchen bekommen den wachsenden Konkurrenzdruck ja auch massiv zu spüren, notwendigerweise mit den bekannten Folgen für die Arbeitsplätze.

Bundespräsident Roman Herzog, der in früheren Jahren Rechtswissenschaft an der FU gelehrt hat, fand im Juni 1995 vor der Deutschen Forschungsgemeinschaft mahnende Worte:

„Der Nutzen der Forschung für alle Menschen liegt auf der Hand. Sie treibt die Globalisierung von Kultur und Wirtschaft und damit auf einem bestimmten Sektor das Zusammenwachsen der Weltgemeinschaft voran. Von daher rechtfertigen sich hohe Investitionen in die Forschung. Ich bin nicht so berückt von den Zahlen, die mir zu Ohren gekommen sind. Deutschland steht innerhalb der OECD, was die Ausgaben für Bildung anbetrifft, an drittletzter Stelle... Mir scheint hier ein enormer Nachholbedarf zu bestehen. Schließlich garantiert die Forschung langfristig die Innovationsfähigkeit unserer Wirtschaft und - nicht zuletzt auch -, was mir noch viel wichtiger ist, die geistige Flexibilität unserer Gesellschaft.

Die Arbeitsplätze, die in den letzten 10 Jahren neu entstanden sind - und das sind rd. 3 Mio - wurden überwiegend in forschungsintensiven Industrien und bei innovativen Dienstleistungsgeschäften... Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses liegt mir ... besonders am Herzen.“²⁴

²³ a.a.O., S. 128.

²⁴ Bulletin 6. Juli 1995, S. 511.

Ich komme zum Schluß. Als Wirtschaftswissenschaftler können wir Einkommens- und Beschäftigungseffekte wissenschaftlicher Betätigung nachweisen. Ich meine aber, daß wir die Diskussion nicht auf diesen pragmatischen Aspekt verengen sollten.

Entwicklung ist letztlich ein Wettbewerb der Kulturen. Scheinbare Orchideenfächer wie Orientalistik, Sinologie oder auch geisteswissenschaftliche Massenfächer wie Germanistik haben keinen geringeren Anspruch auf unsere bildungspolitische Aufmerksamkeit.

Nochmals mit Bundespräsident Herzog:

„Gerade die Zweckfreiheit wissenschaftlichen Forschens kann für außergewöhnliche Gedanken Raum schaffen. Die Forschung muß gelegentlich auch von dem Anspruch auf Zweckmäßigkeit dispensiert werden. Keiner kann ausschließen, daß gerade aus dem Luxus einer Gedanken- und Experimentierfreiheit, den sich unsere Gesellschaft mitunter leistet, eines Tages das entsteht, was wir unter gesellschaftlichem Nutzen verstehen.“

Nachfolgende Generationen brauchen die geistigen Investitionen, die jetzt getätigt werden ...Das Setzen von wissenschaftlichen Sprößlingen ist die beste Garantie für eine reiche Ernte“.²⁵

Die deutsche Industrie ist groß geworden infolge der wissenschaftlichen Durchbrüche des 19. Jahrhunderts. Davon zehrt sie noch heute - mit einschlägigen Alterungserscheinungen, ohne daß wir umsichtig genug das Saatbeet für diejenigen des 21. Jahrhunderts bestellen.

²⁵ Ebd.

Bisher erschienen:

(Die mit *gekennzeichneten Nummern sind nicht im Verlag Das Arabische Buch, sondern unter der angegebenen Quelle erschienen.)

- Nr. 1 Ulrike Schultz: Die Last der Arbeit und der Traum vom Reichtum. Frauengruppen in Kenia zwischen gegenseitiger Hilfe und betriebswirtschaftlichem Kalkül. 1990. (10,- DM).
- Nr. 2* Marin Trenk: "Dein Reichtum ist dein Ruin". Afrikanische Unternehmer und wirtschaftliche Entwicklung. Ergebnisse und Perspektiven der Unternehmerforschung. 1990.
[erschieden in: *Anthropos* 86.1991]
- Nr. 3 Jochen Böhmer: Sozio-kulturelle Bedingungen ökonomischen Handelns in der Türkei. 1990. (10,- DM).
- Nr. 4 Gitta Walchner: Indiens Elektronikpolitik und die Exportpotentiale der Computerindustrie im Software-Bereich. 1990.
[erschieden in: *Internationales Asienforum* 22.1991]
- Nr. 5* Dieter Weiss: Internationale Unterstützung des Reformprozesses in Entwicklungsländern durch Auflagenpolitik und Politikdialog? Probleme politischer Konditionalität am Beispiel Afrikas. 1990.
[erschieden in: H. Sautter (Hg.), *Wirtschaftspolitische Reformen in Entwicklungsländern*, Berlin 1991]
- Nr. 6 Dorothea Kübler: Moralökonomie versus Mikroökonomie. Zwei Erklärungsansätze bäuerlichen Wirtschaftens im Vergleich. 1990. (16,80 DM).
- Nr. 7 Jochen Böhmer: Die Verschuldungskrise in Schwarzafrika. Ausmaß, Ursachen und Ansatzpunkte für eine Lösung. 1990. (6,80 DM).
- Nr. 8* Manuel Schiffler: Überlebensökonomie, Wohnungsbau und informelle Kredite in einem tunesischen Armenviertel. 1990.
[erschieden in *ORIENT* 33, H. 1. 1992]
- Nr. 9 Fritz Roßkopf: Die Entwicklung des Steuersystems im Iran nach der Revolution von 1979. 1991. (15,80 DM).
- Nr. 10 Barbara Igel: Die Überlebensökonomie der Slumbewohner in Bangkok. 1991. (15,80 DM).
- Nr. 11/12* Dirk Steinwand: Sicherheit und Vertrauen. Informelle Kreditbeziehungen und ländliche Verschuldung in Thailand.
Teil 1: Ursachen, Formen, Ausmaß.
Teil 2: Eine Fallstudie aus Chachoengsao. 1991.
[erschieden als: D. Steinwand, *Sicherheit und Vertrauen*, Saarbrücken/Fort Lauderdale 1991]
- Nr. 13* Dieter Weiss: Zur Transformation von Wirtschaftssystemen. Institutionelle Aspekte der Selbstblockierung von Reformpolitiken: Fallstudie Ägypten. 1991.
[erschieden in: *Konjunkturpolitik* 38.1992]
- Nr. 14 Christoph David Weinmann: The Making of Wooden Furniture in Mozambique: A Short Overview of the Industry Based on Observations in Mid 1989. 1991. (10,- DM).
- Nr. 15 Armin Liebchen: Überlebensstrategien eines kleinbäuerlichen Dorfes der Bariba am Rande der Sahelzone im Norden Benins. 1991. (28,- DM).
- Nr. 16 Marin Trenk und Elsaied Nour: Geld, Güter und Gaben. Informelle Spar- und Kreditformen in einem Dorf im Nil-Delta. 1992. (9,80 DM).
- Nr. 17 Dieter Weiss: Zur ökonomischen Transformation der ehemaligen COMECON-Länder. 1992. (8,80 DM).
- Nr. 18 Steffen Wippel: Transformation du système économique et investissements directs allemands en Égypte. 1992. (7,80 DM).
- Nr. 19 Günther Taube. Festung Europa oder ein offenes europäisches Haus? 1992. (9,80 DM).
- Nr. 20* Bei fremden Freunden. Erfahrungen aus studentischer Feldforschung. 1992.
[erschieden als: M. Trenk u. D. Weiss (Hrsg.), *Bei fremden Freunden*, LIT-Verlag Münster/Hamburg 1992]

- Nr. 21 Dieter Weiss: Structural Adjustment Programs in the Middle East. The Impact of Value Patterns and Social Norms. 1992. (10,80 DM).
- Nr. 22 Dieter Weiss: Economic Transition from Socialism to Market-Friendly Regimes in Arab Countries from the Perspective of Ibn Khaldun. 1993. (10,80 DM).
- Nr. 23 Koko N'Diabi Affo-Tenin: "Susu"-Sparen und Fliegende Bankiers. Finanzielle Selbsthilfegruppen von Händlerinnen und Bäuerinnen bei den Bariba in Togo. 1993. (15,80 DM).
- Nr. 24 Christina Wildenauer: Von Geistern, Gold, und Geldverleihern. Der informelle Finanzsektor Südsindiens und Ansätze zu dessen Einbindung in den formellen Finanzsektor. 1993. (14,80 DM).
- Nr. 25 Thama-ini Kinyanjui: "Eating" Project Money. Rural Self-help Projects in Kenya as an Arena of Strategic Groups. 1993. (14,80 DM).
- Nr. 26 Dieter Weiss: Entwicklung als Wettbewerb von Kulturen. Betrachtungen zum Nahen und zum Fernen Osten. 1993. (9,80 DM).
- Nr. 27 Marko Curavic: Islamische Banken im Spannungsfeld ihrer Stakeholder. Die BEST Bank / Tunesien. 1993. (12,- DM).
- Nr. 28 Elisabeth Grenzebach: Gesicht erwerben und Gesicht verlieren. Die chinesische Alternative zur Tarifautonomie. 1993. (16,80 DM).
- Nr. 29 Inse Cornelissen: Vom Bipolarismus zum Multipolarismus: Die EG als Katalysator weltweiter wirtschaftlicher Regionalisierungstendenzen. 1994. (9,80 DM).
- Nr. 30 Henk Knaupe und Ulrich G. Wurzel: Die Jewish Agency und die IG Farben. Das Haavara-Abkommen und die wirtschaftliche Entwicklung Palästinas. 1994. (16,80 DM).
- Nr. 31 Haje Schütte: Das Konzept des Informellen Sektors aus der wissenschaftstheoretischen Sicht von Thomas Kuhn. 1994. (7,80 DM).
- Nr. 32 Christine Böckelmann: Rotating Savings and Credit Associations (ROSCAs). Selbsthilfepotential und Förderungspolitiken. 1994. (9,80 DM).
- Nr. 33 Dieter Weiss: Human Rights and Economic Growth. 1995. (8,80 DM).
- Nr. 34 Elsaied Nour: Die Rolle des Sozialfonds im Rahmen der Strukturanpassungspolitik in Ägypten. 1995. (12,80 DM).
- Nr. 35 Cornelia Lohmar-Kuhnle: Explorative Projektfindung. Feldstudienenerfahrungen bei der Planung ländlicher Handwerksförderung in der Region Elmali/Türkei. 1995. (18,80 DM).
- Nr. 36 Ruth Frackmann: Ghanaische Großfamilienhaushalte. Gemeinsamer Nutzen oder getrennte Kassen? Eine Fallstudie. 1995. (17,90 DM).
- Nr. 37 Irmgard Nübler: Der Humanentwicklungsindex: Ein adäquates Meßkonstrukt für Humanentwicklung? 1995. (8,90 DM).
- Nr. 38 Steffen Wippel: Islam als "Corporate Identity" von Wirtschafts- und Wohlfahrtseinrichtungen. Eine Fallstudie aus Ägypten. 1995. (24,90 DM).
- Nr. 39 Adel Zaghah: A Monetary Alternative for the Palestinian Economy: A Palestinian Currency. 1995. (8,90 DM).
- Nr. 40 Dieter Weiss: European-Arab Development Cooperation and the Middle East Peace Process. 1995. (8,90 DM).
- Nr. 41 Dieter Weiss: Some Conceptual Views on Planning Strategies for Lagos Metropolitan Area. 1995. (10,90 DM).
- Nr. 42 Klaus Komatz: Förderung von Demokratie und Menschenrechten durch EU-Entwicklungspolitik? 1995. (10,90 DM).
- Nr. 43 Qays Hamad: Palästinensische Industrialisierung unter unvollständiger Souveränität: Das Beispiel der Bekleidungsindustrie. 1995. (24,90 DM).
- Nr. 44 Birgit Reichenstein: Managementausbildung im Transformationsprozeß der Volksrepublik China. 1995. (14,90 DM).
- Nr. 45 Steffen Wippel: "Islam" und "Islamische Wirtschaft". 1995. (19,90 DM).
- Nr. 46 Sulaiman Al-Makhadmeh: Zur Kritik der Vernunft der arabischen Renaissance. 1996. (8,90 DM).
- Nr. 47 Dieter Weiss: EU-Arab Development Cooperation - Scenarios and Policy Options. 1996. (19,80 DM).
- Nr. 48 Steffen Wippel: Die Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR zum Nahen Osten. Einfluß und Abhängigkeit der DDR und das Verhältnis von Außenwirtschaft zu Außenpolitik. 1996 (17,90 DM).
- Nr. 49 Susanne Butscher: Informelle Überlebensökonomie in Berlin. Annäherung der deutschen Hauptstadt an Wirtschaftsformen der Dritten Welt. 1996 (17,90 DM)
- Nr. 50 Stefan Bantle und Henrik Egbert: Borders Create Opportunities. An Economic Analysis of Cross-Border Small-Scale Trading. 1996 (10,90 DM).
- Nr. 51 Wolfhard Peter Hildebrandt: Die islamische Wirtschaftsideoogie. Eine Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung des Falls Pakistan. 1996 (17,90 DM).

- Nr. 52 Thomas Ganslmayr: Flutkatastrophen und Wiederaufbau im ländlichen Indien. Fallstudie des Dorfes Thugaon Deo. 1996 (17,90 DM).
- Nr. 53 Dieter Weiss: Wissenschaftspolitik und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit. Anmerkungen zur Berliner Hochschulpolitik. 1996 (9,90 DM).